



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
brandenburg

Nur per E-Mail

An die
Vorsitzenden der
Mitgliedsgewerkschaften und -verbände
des dbb brandenburg

Behlertstraße 28 A
14469 Potsdam

Tel. 0331-2753600
Fax 0331-2753602
post@brandenburg.dbb.de
www.dbb-brandenburg.de

-je besonders-

11. Juni 2012

Information über das Spitzengespräch mit der Landesregierung am 08.06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren Vorsitzende,

am Freitag, dem 08.06.2012, hat das Spitzengespräch mit der Landesregierung stattgefunden. Das Ergebnis war für uns sehr ernüchternd. Herr Dr. Woidke und Herr Dr. Markov waren zu keinen Kompromissen in den erörterten Themen bereit. Das Angebot für das "Weihnachtsgeld", das Bestandteil der monatlichen Zahlungen werden soll, war mit 17 EURO im Monat nicht akzeptabel. Positiv war festzustellen, dass langsam auch die Landesregierung zur Kenntnis nimmt, dass der dbb brandenburg mit einer Gesamtmitgliederzahl im fünfstelligen Bereich ein ernstzunehmender Gesprächspartner ist. Negativ fiel auf, dass den Beteiligten der Landesregierung nicht klar ist, wie wenig Verständnis unsere Mitglieder für diese Demonstration der Stärke haben. Ich weiß nicht, warum die Gewerkschaften und ihre Mitglieder zum jetzigen Zeitpunkt so verärgert werden müssen. Frau Wienczek hat dies auf den Punkt gebracht, als uns wieder gebetsmühlenartig die Sparbemühungen der Landesregierung vorgetragen wurden, indem sie darauf aufmerksam machte, dass für die Mehrkosten des Flughafens offensichtlich Geld vorhanden ist. Ich denke, die Landesregierung wird in der nächsten Zeit auch einmal unsere Unterstützung brauchen, ob sie sie dann erhält, werden wir beraten.

Die Landesleitung hat am Freitagnachmittag das Ergebnis des Spitzengesprächs beraten. Ein Angebot von 204 EURO "Weihnachtsgeld" ist nicht annehmbar. Wir haben darüber gesprochen, ob eine stufenweise Erhöhung des "Weihnachtsgeldes" über mehrere Jahre (bspw. 20 EURO für 2012, weitere 20 EURO für 2013 und weitere 20 EURO für 2014) akzeptabel erscheint. Für ein solches Angebot müsste aber ein Signal der Landesregierung kommen. Natürlich bleiben wir im Gespräch, wenn sich die Landesregierung bei der Pension mit 67 für Vollzugsbeamte und andere bewegen sollte.

Soweit es weiter rechtlichen Streit über die Wahl der Kassenprüfer entgegen des einstimmigen Votums der drei "Ältesten" gibt, hat die Landesleitung den dbb Bund gebeten, eine rechtliche Bewertung des Sachverhalts vorzunehmen und uns diese Bewertung mitzuteilen. Wir werden darüber in der nächsten Hauptvorstandssitzung Ende September 2012 berichten. Sollten wir Demonstrationen anmelden, informieren wir natürlich alle Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ralf Roggenbuck
Landesvorsitzender